

Die Eisenbahner und der Gewerkschaftsbund [Schluss]

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **2 (1910)**

Heft 2

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-349663>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Gewerkschaftliche Rundschau

~~~~~ für die Schweiz ~~~~~

Publikationsorgan des Schweiz. Gewerkschaftsbundes

Erscheint monatlich einmal

Redaktion: Sekretariat des Schweiz. Gewerkschaftsbundes, Kapellenstrasse 6, Bern

Abonnement jährlich 3 Fr.

## INHALT:

|                                                                      | Seite |                                          | Seite |
|----------------------------------------------------------------------|-------|------------------------------------------|-------|
| 1. Die Eisenbahner und der Gewerkschaftsbund . . . . .               | 21    | c) Dänemark . . . . .                    | 36    |
| 2. Wirtschaftliche Rundschau . . . . .                               | 23    | d) Nordamerika . . . . .                 | 36    |
| 3. Die Kämpfe im Schneidergewerbe . . . . .                          | 26    | 6. Internationale Rundschau . . . . .    | 38    |
| 4. Frauenarbeit . . . . .                                            | 28    | 7. Opfer der Arbeit . . . . .            | 39    |
| 5. Aus der internationalen Gewerkschaftsbewegung . . . . .           | 33    | 8. Aus dem Leben August Bebels . . . . . | 40    |
| a) Die gewerkschaftlichen Organisationen in Italien . . . . .        | 33    | 9. Statistische Notizen . . . . .        | 41    |
| b) Die österreichische Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1909 . . . . . | 35    | 10. Literatur . . . . .                  | 44    |

## Die Eisenbahner und der Gewerkschaftsbund.

(Schluss.)

Es gibt Leute, die der Meinung sind, die Besoldungsreform könne noch in ungünstigem Sinne beeinflusst werden, durch eine Kritik der Methoden, die die Eisenbahnerorganisationen in der Besoldungskampagne angewandt haben. Wir unterlassen diese Kritik nicht, weil wir diese Auffassung teilen. Logischerweise kann ja eine solche Kritik nur das gegenteilige Resultat erzeugen. Was könnte den massgebenden Behörden der Eidgenossenschaft wohl näher liegen als der Gedanke, durch Gewährung noch einiger Konzessionen die kritisierte Taktik, die fast ganz auf das Wohlwollen der Mächtigen abstellt, mit dem Schein ausreichenden Erfolges zu verklären? Die Kritik der Taktik der Eisenbahnverbände in der Besoldungsreformkampagne ist aber im Rahmen unserer Darlegungen gar nicht nötig. Es ist auch ohne sie möglich, die Besoldungsreform als Demonstrationsobjekt für die Notwendigkeit einer anderen Gewerkschaftstaktik zu verwenden.

An der unbefriedigenden Lösung der Besoldungsreform der S. B. B. ist natürlich nicht der Mangel an Wohlwollen gegenüber dem Personal bei Verwaltungsbehörden und Gesetzgebung schuld, sondern das Kräfteverhältnis zwischen den an diesem Handel beteiligten Interessentengruppen. Jene Gruppe, deren Interessen der Bewilligung der Forderungen der Eisenbahner zuwiderlaufen, verfügt über die ausschlaggebende Macht in den Behörden und vermag es dank ihrer reichen Hilfsmittel auch die Volksmehrheit für ihre Interessen zu gewinnen. Bei Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich die Notwendigkeit einer sorgfältig abwägenden Taktik von selbst. Auch das Petitionieren ist eine nicht unwirksame Methode, wenn sie klar und durchsichtig den Zweck verfolgt, den Machthabern jegliche Ausrede auf mangelhafte Information etc. abzuschneiden. Wird aber die gegen-

wärtige Besoldungsreformbewegung als das gewertet was sie ist, nämlich als Etappe in einem kontinuierlichen Kampf um bessere Existenzverhältnisse, dann darf nicht der schliessliche, im neuen Besoldungsgesetz enthaltene Erfolg die Hauptsache sein, sondern die Gestaltung des Kräfteverhältnisses zwischen den Interessengruppen, die bei der Besoldungsreform aufeinanderstiessen.

Der gewerkschaftliche Ideenunterschied, der bei Vergleichung des Gros der organisierten Eisenbahner und der Mitglieder des Gewerkschaftsbundes zutage tritt, lässt sich etwa wie folgt fixieren: Erstere glauben an die Fabel, dass sie es mit dem gesamten Volke, dem Souverän zu tun haben, denn von der Berechtigung ihrer Forderungen zu überzeugen es gilt; letztere wissen, wessen Interessen den ihrigen widerstreiten und bemühen sich deshalb konsequent und unaufhörlich, Einfluss und Macht der ihnen feindlichen Gruppe zu schwächen. Erstere klagen angesichts der grossen Widerstände gegen ihre Forderungen über die unkluge und gewissenlose Finanzwirtschaft des Staates, die die Mittel absorbiert, die zur Besserstellung des Eisenbahnpersonals nötig sind, letztere bekämpfen die für diese Finanzwirtschaft verantwortlichen Parteien ununterbrochen und suchen das Fundament für eine den Interessen der arbeitenden Klasse entsprechenden Staatswirtschaft zu schaffen. Der grösste Teil der Eisenbahner hat bis heute jene Politik unterstützt, die schuld ist an der Finanzmisere, die angeblich die Berücksichtigung der Forderungen des Eisenbahnpersonals nicht gestattet. Wäre es nicht so tieftraurig, man könnte es komisch finden, dass dieselben Leute, die so eifrig sich Blöcke in den Weg wälzten, nachher darüber klagen und andere dafür verantwortlich machen, dass sie darüber stolpern. Natürlich muss man dabei berücksichtigen, dass diese Leute im besten Glauben, ihren Interessen so am besten zu dienen, so gehandelt haben.

Die Gegner des Anschlusses der Eisenbahner an den Gewerkschaftsbund, die sich der Einsicht nicht verschliessen, dass die Eisenbahner nicht vorwärts

kommen können, ohne Einfluss auf die Staatsmaschinerie zu nehmen, geben sich aber meist der Illusion hin: auch die konsequenteste politische und gewerkschaftliche Interessenvertretung der Eisenbahner erfordere diesen Anschluss nicht. Die Angst der bürgerlichen Parteien vor dem Abfall der Wähler aus Eisenbahnerkreisen verhindere schon eine dauernde Vernachlässigung der Eisenbahnerinteressen, und schliesslich bleibe ja den Eisenbahnern immer noch das letzte gewerkschaftliche Kampfmittel: *der Streik*. Was könnte die Hilfe des Gewerkschaftsbundes den Eisenbahnern auch im Falle eines Streiks nützen? wird mitunter gefragt.

Diese Einwände sind nicht sehr tiefgründiger Natur. Was da meistens unter politischer Aufklärung der Eisenbahner verstanden wird, ist nicht mehr als die Aufrüttlung und Anspornung der Indifferenten, an jeder politischen Aktion teilzunehmen und stets auf die eigenen Interessen zu achten. Das ist aber im besten Falle nur ein halber Schritt. Ein flüchtiger Blick auf die Situation, wie sie im Lichte der verunglückten Besoldungsreform erscheint, genügt, um dies zu zeigen.

Die Interessenpolitik des Bauernbundes hat uns die gewaltige Steigerung der Lebensmittelpreise eingetragen. Jener Teil der Konsumenten, der zur besitzenden Klasse gehört, vermochte sich für die Mehrbelastung durch Steigerung der Preise der gewerblichen und industriellen Produktion schadlos zu halten. Die höheren staatlichen und kommunalen Beamten und Angestellten erhielten von ihnen die Herrschaft in Staat und Gemeinde behauptenden Klassengenossen hierfür ebenfalls fast durchwegs eine entsprechende Entschädigung. Alle genannten Schichten vermochten die Folgen der agrarischen Zollpolitik abzuwälzen auf die proletarischen Konsumenten und Steuerzahler. Vielleicht wird beanstandet, dass wir von Abwälzung auf die proletarischen Steuerzahler sprechen. Tatsache ist aber, dass die Steuererhöhungen von den Besitzenden zumeist auf die Besitzlosen abgewälzt werden, auf jene, die kein Geschäft treiben, und nicht Hausbesitzer sind. Gegen die agrarische Zollpolitik haben jedenfalls die meisten Eisenbahner gestimmt, man könnte also sagen, sie haben das ihrige getan, und können für ihre Folgen nicht verantwortlich gemacht werden. Auch die Verschleuderung der Zolleinnahmen an den Militärmoloch ist wohl nicht mit Unterstützung der Eisenbahner erfolgt. Das ist alles richtig. Aber nicht minder richtig ist, dass die antisoziale Politik der herrschenden Interessentengruppen nicht dadurch gebodigt werden kann, dass man sie von Fall zu Fall — anlässlich grosser wichtiger Entscheidungen bekämpft — es gilt durch ununterbrochene organisatorische und agitatorische Arbeit die Elemente zu sammeln und zu schulen, die an der gegensätzlichen Politik interessiert sind, es gilt durch die Masse fast täglicher Teilaktionen die Position der Gegner zu schwächen. Wir erwähnen, um nur ein

Beispiel anzuführen, die Aktion gegen auf Erschwerung oder gänzliche Verhinderung des Fleischimports abzielenden Bestrebungen der Organisationen der Landwirte und der Metzger.

Ebenso verhält es sich mit den gewerkschaftlichen Bestrebungen der Eisenbahner. Eine weitausschauende Gewerkschaftspolitik dieser Kategorie muss darauf bedacht sein, nicht nur alle Bestrebungen, die Arbeitsverhältnisse in der Privatindustrie zu verbessern, sondern auch die Macht des Unternehmertums *überhaupt* in *jeder* Beziehung beschneiden zu helfen. Ersteres deshalb, weil die Besoldungen der Eisenbahner, wie auch das Mass der von ihnen geforderten Arbeitsleistung von den Lohn- und Arbeitsverhältnissen abhängig ist. Letzteres weil jede Schwächung der Position des Unternehmertums eine Verringerung der Widerstände gegen die Bestrebungen der Eisenbahner bedeutet. Diese Erkenntnis sollte wohl jedermann aus der Besoldungsreformmisse als unvergängliche Lehre gezogen haben. *Eine nüchterne, streng logische Betrachtung ergibt also, dass eine wirklich erfolgreiche Taktik der Eisenbahnerorganisationen sich von der im Gewerkschaftsbunde vereinigten Gewerkschaften der gewerblichen und industriellen Arbeiter durch gar nichts unterscheiden kann.*

Was aber den Anschluss der Eisenbahner an den Gewerkschaftsbund in ihrem eigenen Interesse geradezu gebieterisch erfordert, das ist die *Streikfrage*. Es nützt nichts, wie der afrikanische Wüstenvogel den Kopf in den Sand zu stecken, um der Gefahr nicht ins Antlitz blicken zu müssen. Wer kein Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, mag sich mit der Phrase beruhigen: ein Streik kommt für die Eisenbahner nicht in Betracht, und wenn es zu einem solchen kommen sollte, ist er in einigen Tagen erledigt. Das eine ist so falsch wie das andere. Vor allem erlauben wir uns zu behaupten: Ein Streik der Eisenbahner ist zu verhüten einzig möglich durch die von uns vorhin geschilderte Taktik. Der Anschluss an den Gewerkschaftsbund erhöht nicht die Wahrscheinlichkeit eines Streiks, sondern verringert sie durch die erfolgreichere Bekämpfung der kapitalistischen Allüren.

Die Staatsform ist nicht ein Ding, das eine eigene Entwicklung durchmacht, ihre Entwicklung ist an die der Wirtschaft gebunden. Der Konzentration der Produktivkräfte, die das Signum des industriellen Aufschwunges ist, folgt die Konzentration der Staatsgewalt. In dieser drückt sich die Macht der kapitalistischen Volksschichten aus. Die Interessen des Unternehmertums sind es, die beispielsweise im § 202 des neuen Militärorganisationsgesetzes ihren Ausdruck gefunden haben. Ein Basler Kapitalistenvertreter hat im Jahre 1905 die streikenden Strassenbahner Basels «*Rebellen*» genannt. Ein ganzes Rudel Advokaten des Unternehmertums bemüht sich jahraus jahrein, den Eisenbahnern mit juristischen Finessen das Streikrecht abzustreiten.

Die Situation lässt sich bildlich etwa wie folgt

darstellen: Die Interessenpolitik der besitzenden Klasse ist auf die Ausplünderung der Besitzlosen zugeschnitten. Damit diese sich nicht wehren können, bindet man ihnen die Hände mit Streikgesetzen. Nun kann man den Arbeitern der Privatindustrie, die ultima ratio, das Mittel, durch Streik Konzessionen zu erzwingen, nicht nehmen, sondern nur erschweren. Herr Speiser mag sie «Wucherer» schimpfen, das tut nicht weh. Die Eisenbahner will man aber als Angestellte des Staates mit besonderen Fesseln versehen, sie sollen völlig auf die Gnade der Herrschenden angewiesen sein. Natürlich kann auch der erwähnte § 202 den Ausbruch eines Streiks der Eisenbahner, ja auch seine erfolgreiche Beendigung nicht verhindern. Es kommt aber nicht nur darauf an, ob die schweiz. Eisenbahner die Kraft aufbringen, einen Streik siegreich durchzuführen, sondern auch in und wohl in erster Linie, ob sie die Kraft aufbringen, die darauf ganz sicher folgenden neuerlichen gesetzlichen Attentate gegen ihr Koalitionsrecht abzuwehren. Holland und Italien bieten in dieser Beziehung genügend lehrreiche Beispiele.

Selbstverständlich hat auch die Industriearbeiterschaft ein grosses Interesse an dem Anschluss der Eisenbahner an den Gewerkschaftsbund. Die Frage steht aber nicht so wer mehr gewinnt, sondern: welcher vernünftiger Grund besteht, der den jetzigen Zustand rechtfertigen könnte? Die Vorurteile, in denen noch viele Eisenbahner befangen sind, sind höchstens ein Grund, über die Notwendigkeit des Zusammenschlusses gründlichere Aufklärung zu verbreiten. Und wohl auch ein Moment, das zur Geduld mahnt. Rom ist nicht an einem Tage erbaut worden, und für jene, die durch die Geschichte der gegenwärtigen Besoldungsreform noch nicht genügend belehrt worden sind, kommt wohl bei der nächsten Besoldungsreform die nötige Erleuchtung. Angesichts der diesmal erzielten geringen Konzessionen und der rücksichtslosen agrarischen Preispolitik wird die nächste Besoldungsreformaktion ohnehin nicht in weite Ferne gerückt werden können.

P.....a.



## Wirtschaftliche Rundschau.

Für die *Schuhwarenindustrie* wird ein günstiger Geschäftsgang für 1910 prophezeit, weil die Vorräte schon im Herbst ziemlich aufgebraucht waren und die schlechte Witterung diesen Winter ein übriges getan hat die Nachfrage zu steigern.

Nun kommen schon die Gerber und beschliessen eine Preiserhöhung um 5 bis 10% in ihrer Vereinsversammlung vom Januar. Da findet sich kein Professor Speiser, der diese einfache Profitsteigerung als Wucher bezeichnet, kein Dr. Laur, der darin die Ursache der Steigerung der Lebensmittel und Mietpreise erblickt, oder der nach-

weist, dass die Gerber mehr und mit weniger Mühe Geld verdienen, als die Bauern. Derartige Zusammenhänge beginnen erst dort, wo Arbeiterforderungen in Frage kommen.

Der flauere Geschäftsgang der beiden letzten Jahre und die Preisspekulationen der Rohstofflieferanten haben den kleinern Unternehmungen in der *Lebensmittelbranche* (Schokoladenfabriken), in der *Textilindustrie* und sogar solchen in der *Metallindustrie* übel mitgespielt.

Man wird sich noch des Skandals der Schokoladenfabrik «Lucerna» in Hochdorf erinnern, dem heute ein ähnlicher Fall, die Firma Wächter-Oertmann, Waschmaschinenfabrik in Altstetten, gegenübersteht. Sogar die grosse Firma A.-G. Heine, Stickeriefabrik in Arbon, soll eine Zeitlang im Verdacht einer nicht ganz einwandfreien Bilanzierung gestanden haben.

Man wird sich erinnern, dass seinerzeit auch die Aktionäre und der Verwaltungsrat der Aluminiumfabrik Neuhausen sich in die Haare gerieten, weil die Bilanzen resp. die Beschlüsse betr. Dividendenausrichtung mit den Geschäftsergebnissen nicht völlig im Einklang standen.

Nun nachdem in Genf die «Compagnie de l'Industrie Electrique» und die «Motosacchoche» schwere Finanzkrisen durchgemacht haben, kommt die Automobilfabrik «Ajax» in Zürich und stellt ihre Zahlungen ein.

Diese Tatsachen können einstweilen als Beispiele gelten, dass es nicht die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft sind, die die Situation unserer industriellen Unternehmungen gefährden, sondern die Herren Kapitalisten sind es selber, die eine Wirtschaftsordnung führen, in der sie sich gegenseitig zur Strecke bringen und die gefährdeten Kollegen dazu treiben, allerlei finanztechnische Kunststücke auszuführen. Denn in allen oben bezeichneten Etablissements hat die Arbeiterorganisation wenigstens während der letzten Jahre nur geringen Einfluss gehabt.

Am deutlichsten dürfte die Richtigkeit unserer Behauptung wohl aus der *Situation der Textilindustrie* hervorgehen. Bekanntlich gehören die schweizerischen Metallarbeiter zu denen, die am längsten und dementsprechend am billigsten arbeiten und trotzdem sind nur die grossen kapitalkräftigen Unternehmungen imstande, sich zu halten. Demgegenüber steht die Tatsache, dass in England, Nordamerika, Dänemark usw., wo der Arbeiterschaft seit Jahrzehnten im allgemeinen wesentlich günstigere Arbeitsbedingungen zugestanden wurden, die Textilindustrie wesentlich günstiger respektiv solider dasteht. Hier dürften nun allerdings ausser den günstigen Arbeitsbedingungen, die die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft steigern, die „*technischen Einrichtungen*“ viel zu der bessern Situation der Industrie bei-